

Dicker Brocken für die Wirtschaft

Ab 1. Juli 2018 gilt die streckenabhängige Lkw-Maut auf dem gesamten Bundesstraßennetz, zusätzlich werden die Mautsätze ab dem 1. Januar 2019 angehoben. Lediglich Elektro-Lkw sind von der Gebühr befreit. Unternehmen werden dann mit 7,2 Milliarden Euro mautbedingten Kosten belastet, die jährlichen Mehrausgaben betragen über 2,5 Milliarden Euro. Der Handel kann diese Kosten nicht alleine tragen, sodass sich die Maut auf die Endverbraucherpreise auswirken wird.

Ab 1. Juli 2018 gilt die Lkw-Maut auf dem gesamten Bundesstraßennetz. Ab dann unterliegen Fahrzeuge und Fahrzeugzüge mit einem zulässigen Gesamtgewicht ab 7,5 Tonnen in Deutschland auf dem gesamten Bundesstraßennetz der Mautpflicht. Damit werden neben den Autobahnen und autobahnähnlichen Bundesstraßen auch alle sonstigen Bundesstraßen in die streckenabhängige Lkw-Maut einbezogen. Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen zulässiger Gesamtmasse sind mautpflichtig, wenn ihre überwiegende Zweckbestimmung auf den Güterkraftverkehr ausgerichtet ist oder sie für den Gütertransport verwendet werden. Bislang umfasste das mautpflichtige Streckennetz rund 12.800 km der Bundesautobahnen und rund 2.300 km auf autobahnähnliche Bundesstraßen. Ab Juli wird das Straßennetz mehr als verdreifacht, das gesamte Bundesstraßennetz umfasst rund 40.000 km.

Wirtschaft wird mit 7,2 Milliarden belastet

Es wird doppelt teuer für die Unternehmen: Neben der Ausweitung des Mautnetzes werden auch die Lkw-Mautsätze ab dem Jahreswechsel 2019 angehoben. Das Bundesfernstraßenmautgesetz wurde entsprechend geändert. Die neuen Mautsätze wurden auf der Basis des neuen Wegekostengutachtens ermittelt, sie setzen sich zusammen aus den Infrastrukturkosten und aus Luftverschmutzungskosten. Die Mautbeträge auf Bundesstraßen und Bundesautobahnen sind identisch. Wenig nachvollziehbar ist die Ausgestaltung der Spreizung der Mautsätze, besonders umweltfreundliche Lkw der Klasse Euro-VI werden mit deutlich

höheren Mautsteigerungen belegt, als stärker schadstoffemittierende Fahrzeuge der Klassen Euro-I bis Euro-IV. Der vom Unternehmen zu zahlende mautpflichtige Gesamtbetrag ergibt sich aus der Strecke, die ein Fahrzeug oder eine Fahrzeugkombination auf mautpflichtigen Straßen zurücklegt und einem Mautsatz je Kilometer.

Für Unternehmen, die bereits bei Toll Collect (Betreiber des Mautsystems) registriert und deren Fahrzeug mit einer „On Board Unit“ (OBU) zur automatischen Mautmeldung ausgerüstet sind, ergeben sich durch die Mauterweiterung keine Verfahrensänderungen (jedoch erhebliche Mehrkosten durch mehr mautpflichtige Nutzungskilometer). Besondere Vorsicht ist bei der Eingabe der Achsenzahl bei Anhängerbetrieb geboten. Für Betriebe, die – mit Fahrzeugen ab 7,5 Tonnen – nur gelegentlich Bundesstraßen nutzen, kann weiterhin die Bezahlung der Maut durch die manuelle Einbuchung sinnvoll sein. Anzuraten ist, sich bei einer Entscheidung für eine „On Board Unit“ möglichst frühzeitig um einen Termin für einen Einbau zu kümmern, da im Vorfeld der Mautausdehnung mit Engpässen zu rechnen ist.

Einführung der Pkw-Maut noch unklar

Im Gegensatz zur Lkw-Maut herrscht bei der Pkw-Maut (Infrastrukturabgabe) noch große Unsicherheit. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer spricht von einer Einführung in dieser Legislaturperiode – also bis spätestens 2021. Klar ist, dass die Pkw-Maut nicht zum Jahreswechsel 2019 eingeführt wird, dies wurde zuletzt als Termin gehandelt. Ur-

sprünglich sollte sie bereits zum Januar 2016 eingeführt werden und ist bereits jetzt ein teures Unterfangen. Nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums fielen bereits Kosten in Höhe von insgesamt 23 Millionen Euro an. Derzeit laufen die Ausschreibungs- und Vergabeverfahren für den Aufbau des dazugehörigen Systems zur Erhebung und Kontrolle der Maut. Parallel hierzu haben sowohl Österreich als auch die Niederlande Klage gegen die deutschen Mautpläne vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) auf Grund von Europarechtswidrigkeit eingereicht.

① Weitergehende Informationen finden Sie unter Publikationen/ Positionspapiere auf www.bga.de.

[Meike Tilsner]

BGA AKTUELL

Content Creation Week 2018: Soziale Medien besser handhaben

Schon zum zweiten Mal öffnet die Blogfabrik in Berlin-Kreuzberg ihre Tore und auch in diesem Jahr bietet sie eine breite Palette an interaktiven Workshops.

Der richtige digitale Auftritt gehört 2018 zum Erscheinungsbild eines Unternehmens, einer Person oder einer Marke: Websites und Social-Media-Kanäle sind zum wichtigsten Aushängeschild geworden. Doch wie gestaltet man einen professionellen Webauftritt, wie verschafft man sich Aufmerksamkeit in den sozialen Medien und wie wird man über Google gefunden? Während der Content Creation Week 2018 vom **18. bis 21. Juni** gibt es Antworten auf diese und viele weitere Fragen.

Das breite Angebot an Workshops und Vorträgen ist sowohl für Einsteiger als auch für Fortgeschrittene geeignet. Professionelle Texter, Fotografen, Videografen, Grafik-Designer und Programmierer vermitteln Ihnen die nötigen Kompetenzen, die man braucht, um den digitalen Wandel im Unternehmen aktiv selbst gestalten zu können.

Getreu dem Motto „Learn, Share, CoCreate“ sind spannende Gäste eingeladen, ist Raum geschaffen für Panel-Diskussionen und haben alle Interessierte die Möglichkeit, sich miteinander zu vernetzen und auszutauschen.

»DIREKT AUS BERLIN«

Ausgabe 11 | 31. Mai 2018 | Jahrgang 26 | Seite 2

BGA-Mitglieder erhalten einen Rabatt in Höhe von 15% auf alle Tickets (1x pro Bestellung). Rabattcode: CCW18BGA

① Hier finden Sie den Link zum Programm und Ticketshop: <https://blogfabrik.de/contentcreationweek/>

Städte brauchen Unterstützung und nicht die juristische Keule

„Viele Städte und Kommunen sind bereits dabei, ihre Verkehre zukunftsweisend und effizient zu gestalten. Die Luftqualität wird seit Jahren kontinuierlich besser. In den nächsten Jahren werden nur noch vereinzelt Städte die Grenzwerte überschreiten – hier müssen noch die passenden Konzepte vorangetrieben werden. Das ist der falsche Zeitpunkt für eine Klage. Brüssel sollte vielmehr die erheblichen Fortschritte würdigen.“ Dies erklärte Carsten Taucke, Vorsitzender des BGA-Verkehrsausschusses, anlässlich der Klage der EU-Kommission gegen Deutschland auf Grund der hohen Stickoxid-Werte in 66 Kommunen.

① BGA-Statement vom 17. Mai 2018

Mittwochsgesellschaft: Sina Trinkwalder fordert in Unternehmen mehr Verantwortung für Gesellschaft

Manomama-Geschäftsführerin Sina Trinkwalder war am 16. Mai 2018 zu Gast bei der 32. Berliner Mittwochsgesellschaft des Handels, der Gemeinschaftsveranstaltung von BGA und HDE, unter der Überschrift „Unternehmen in Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt: Was kostet es, einen Unterschied zu machen?“ In seinen einführenden Worten betonte Metro-Personalvorstand Heiko Hutmacher, dass Fakten wie Bevölkerungswachstum uns alle dazu zwingen, nachhaltiger zu denken. Die Verantwortung müsse von Politik, Gemeinschaft, Unternehmen und von jedem Einzelnen übernommen werden.

Gleich zu Beginn verkündete Trinkwalder ihr Anliegen: „Ich hoffe, dass ich etwas beitragen kann, dass Sie wertvoller agieren können.“ Nach einer lebendigen Beschreibung ihres Sozialunternehmens, in dem sie 150 schwer zu vermittelnde Mitarbeiter eingestellt hat, ging sie verstärkt auf ihre Forderungen ein. Sie warf den Unternehmern vor, dass sie die Verantwortung für das Gemeinwesen verloren hätten. Da-

bei habe jeder Mensch ein Recht auf soziale Teilhabe und auch auf Arbeit. Ihre Erfahrung habe sie gelehrt, dass man fast alle Menschen mit der nötigen Aufmerksamkeit und Geduld in den Arbeitsmarkt zurückbringen könne. Hierzu bedürfe es eines Umdenkens in der Unternehmensstruktur – weg von reinem Profitdenken hin zu neuen Leistungsindikatoren, um ein Unternehmen zu bewerten. Nicht nur die Bilanzen sollten zählen, sondern auch die gesellschaftliche Verantwortung, die ein Unternehmen übernehme.

Trinkwalder lockte mit ihren Ausführungen das Publikum aus der Reserve. Größter Anstoß waren die Verallgemeinerungen über Unternehmen und Wirtschaft, die sie entwarf. So unterstrich MdB Marie Luise Dött, dass die Mehrheit der Unternehmen, insbesondere der mittelständigen, sich sozial engagiere. BGA-Hauptgeschäftsführer Gerhard Handke merkte an, dass in den letzten Jahren über 5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden seien, die zu 80 Prozent sozialversicherungspflichtig wären.

Noch ein weiteres Thema besprach Trinkwalder in ihrem Vortrag: die starke Veränderung des Arbeitsmarktes, die die Digitalisierung mit sich brächte. Dies trage dazu bei, dass man sich ernsthafte Gedanken machen müsse, wie man die Gesellschaft neu organisieren könne, da viele Jobs künftig entfielen. Das Grundeinkommen hielt sie für keine gute Lösung, da es in einer Leistungsgesellschaft kontraproduktiv sei. Stattdessen schlug sie vor, dass z.B. auch soziales Engagement vergütet werden könnte.

Die lebhafte Diskussion während und nach ihrem Vortrag zeigte, dass Trinkwalder einen Nerv getroffen hatte. Das Thema wurde auch nach der Diskussion noch im kleineren Kreis weitergeführt.

① Weitere Informationen unter:

<https://politik.metroag.de/mittwochsgesellschaft.html>

[Iris von Rottenburg]

rung der Importe von frischen Früchten gewidmet. Hierfür wurden vor Ort in unterschiedlichen Regionen Fruchthandelsforen organisiert.

Das erste Fruchthandelsforum fand in Piura, im Norden Perus, statt und wurde maßgeblich von der Partnerkammer des BGA, der Camara de Comercio de Piura, ausgerichtet. In dieser Veranstaltung informierten sich 70 Unternehmer über die Nachfrage sowie die gesetzlichen und privatwirtschaftlichen Anforderungen an den Export von frischen Früchten aus Peru in die EU und nach Deutschland. Als ausgewiesene Experten führte der Geschäftsführer des Deutschen Fruchthandelsverbandes, Dr. Andreas Brügger, in die Thematik ein und stellte die zahlreichen Herausforderungen vor. Im Anschluss informierte sodann Linda Mense vom Import Promotion Desk (IPD) die Teilnehmer über die Fördermöglichkeiten im Rahmen des IPD.

Ein zweites Fruchthandelsforum fand am 26. April 2018 in La Merced statt und wurde gemeinschaftlich von der Kammer von Chanchamyo sowie der Regionalregierung organisiert. La Merced befindet sich dabei im andinen Regenwald, in dem neben Kaffee und Kakao auch exotische Früchte angebaut werden. Über 100 Unternehmer nutzen die Chance, sich über den Handel mit eben diesen Früchten zu informieren. Die Herausforderungen der grundlegenden Zertifizierungsnotwendigkeit war dabei für viele Teilnehmer genauso neu wie die Herausforderungen, beispielsweise einer Novel-Food-Verordnung. Wiederholt wurde auch in der anschließenden Diskussion die Bedeutung der Nachfrageorientierung für den erfolgreichen Absatz in der EU herausgestrichen.

Die Veranstaltungen sowie der Besuch verschiedener Anbauer von Früchten verdeutlichte die große Spannweite bei der Marktreife der Unternehmen. Gleichzeitig unterstrich dieser Eindruck auch das große Potential, das dem IPD bei der Förderung ausgewählter Unternehmen zukommt.

[Gregor Wolf]

AUSSENWIRTSCHAFT

BGA fördert den Import frischer Früchte aus Peru

Im Rahmen seines Verbandspartnerschaftsprojekts in Peru hat sich der BGA Ende April schwerpunktmäßig der Förde-

»DIREKT AUS BERLIN«

Ausgabe 11 | 31. Mai 2018 | Jahrgang 26 | Seite 3

VERKEHR

Ab 31. Mai 2018 Diesel-Fahrverbote in Hamburg

Zum 31. Mai 2018 gibt es die bundesweit ersten Diesel-Fahrverbote in Hamburg. Die Hamburger Umweltbehörde kündigte eine Sperrung zweier Straßenabschnitte für ältere Dieselautos und Lastwagen an. Betroffen sind alle Diesel, die nicht die Abgasnorm Euro 6 erfüllen. Die Durchfahrtsbeschränkungen gelten für zwei Straßenabschnitte im Stadtteil Altona-Nord. Der Termin für das Inkrafttreten des Verbots hatte sich verzögert, die Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts wurde abgewartet. Von der „Durchfahrtsbeschränkung“ sind fast 600 Meter der Max-Brauer-Allee und ein rund 1,6 Kilometer langer Abschnitt der Stresemannstraße betroffen. Die „Durchfahrtsbeschränkung“ auf der Max-Brauer-Allee gilt für alle Diesel unter Euro 6, somit auch für Pkw. Das Verbot in der Stresemannstraße gilt nur für ältere Diesel-Lkw, nicht für Pkw. Ausgenommen von den Fahrverboten sind Anwohner und deren Besucher, sowie Krankenwagen, Müllautos und Lieferfahrzeuge. Dem Kraftfahrt-Bundesamt zufolge waren in Hamburg zum Jahresanfang insgesamt 264.406 Diesel-Pkw zugelassen. Davon erfüllten nur 96.356 Wagen Euro-6-Norm. Betroffen von dem Fahrverbot in der Max-Brauer-Allee somit gut 168.000 Hamburger Pkw sowie alle anderen Diesel aus Deutschland und dem Ausland, die nicht die Euro-6-Norm erfüllen und nach Hamburg einfahren. Ein Verstoß gegen das Fahrverbot kostet dann ein Bußgeld von 25 Euro für Pkw und 75 Euro für Lkw. Eine spezielle Plakette gibt es in Hamburg nicht.

[Meike Tilsner]

PERSONALIE

Sascha Waltemate neuer Geschäftsführer beim BDTA

Sascha Waltemate ist seit April 2018 neuer Geschäftsführer des Bundesverbands Deutscher Tabakwaren- Großhändler und Automatenaufsteller (BDTA). Er ist Nachfolger des im Dezember 2017 verstorbenen Carsten Zenner.

Waltemate diente 12 Jahre lang als Offizier in unterschiedlichen Verwendungen bei der Bundeswehr. Anschließend

studierte er Sozialwissenschaften in Düsseldorf und nach erfolgreichem Abschluss International Relations & Conflict Management in Charles Town, WV. Nach seinem Studium war er beim Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, zuletzt als Landesgeschäftsführer und Beauftragter für den Verbandsbereich West.

Zahl der Woche

»152 Unternehmen sind 2017 brexitbedingt aus Großbritannien nach Deutschland umgezogen. Vor allem handelt es sich dabei um Finanz- und Unternehmensdienstleister sowie Software-Unternehmen.«

Süddeutsche.de

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.
Telefon: 030 590099-50
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg,
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 30. Mai 2018
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich

»DIREKT AUS BERLIN«

Ausgabe 11 | 31. Mai 2018 | Jahrgang 26 | Seite 4